

Dringlichkeitsanfrage

der Abgeordneten Nadine Hoffmann (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Digitales und Infrastruktur

Mögliche Unterstützung der Landesregierung für die Aufrechterhaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Hildburghausen

Nach einem Medienbericht des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) vom 11. August 2026 ist ein Ausfall des Busverkehrs aufgrund von Streitigkeiten zwischen Busunternehmen, die im Landkreis Hildburghausen tätig sind, nicht ausgeschlossen. Der Schulverkehr solle jedoch abgesichert werden.

Das **Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur** hat die **Dringlichkeitsanfrage** vom 17. August 2026 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 10. September 2026 beantwortet:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung seit wann von der Situation?
2. Welche Möglichkeiten zur Unterstützung durch das Land gibt es?
3. Welche dieser Möglichkeiten möchte die Landesregierung wann ergreifen?

Antwort zu den Fragen 1 bis 3.:

Der Sachverhalt wurde im Rahmen der medialen Berichterstattung am 12. August 2026 erstmalig bekannt. An das Land selbst ist keiner der Beteiligten herangetreten.

Es handelt sich hier um ein bereits vor Gericht anhängiges Verfahren zwischen dem Verkehrsunternehmen Werrabus GmbH und einigen seiner Subunternehmer. Diese befürchten aufgrund von Kostensteigerungen in Insolvenz zu geraten. Mittlerweile haben sich alle Beteiligten auf eine Lösung bis zum Jahresende 2026 geeinigt, indem die Subunternehmer erklärt haben, bis zu diesem Zeitpunkt alle Verkehrsleistungen planmäßig zu erbringen. Dann wird der Subunternehmervertrag beendet. Der Verkehr ab dem 1. Januar 2027 wird neu organisiert.

Der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr wird von den Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit als Aufgabe im eigenen Wirkungskreis nach Maßgabe des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr geplant, organisiert und finanziert. Das Land unterstützt die Finanzierung im Rahmen von bestehenden Richtlinien.

Als Lösungsansatz waren moderierte Gespräche zur Streitbeilegung vorgesehen. Da sich die Lage mittlerweile entspannt hat, sieht die Landesregierung aktuell keinen Handlungsbedarf.

Schütz
Minister